

Themengruppe Medien und Journalismus  
der Sammlungsbewegung „Aufstehen Leipzig“  
Eisenacher Str. 72  
04155 Leipzig

E-Mail: lpz-tg-medien@aufstehen.pro  
Fax: 034297-158397

## Offener Brief an den sächsischen Ministerpräsidenten

Herrn Ministerpräsident  
Michael Kretschmer  
Sächsische Staatskanzlei  
01095 Dresden

Leipzig, am 31.07.2019

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wir, die Mitglieder der Themengruppe Medien und Journalismus der Sammlungsbewegung „Aufstehen Leipzig“ fordern Sie auf, den neuen Medienstaatsvertrag nicht zu unterzeichnen und sich für Änderungen im Vertrag mit dem Ziel der Durchsetzung des Programmauftrages der Medien einzusetzen.

Die öffentlich-rechtlichen Medien stehen seit geraumer Zeit in der Kritik der Bürger. Spätestens seit Ihrem Gespräch mit Präsident Putin und Ihrem Eintreten für das Ende der Sanktionen gegen Russland erleben Sie wahrscheinlich auch persönlich, dass Medien nicht neutral agieren und z.B. Ihnen (ungerechtfertigt) eine Nähe zur AfD zuschreiben sowie Spannungen zwischen ost- und westdeutschen Bundesländern anheizen.

In der Ortsgruppe Leipzig der Sammlungsbewegung „Aufstehen“ haben wir eine Themengruppe gegründet, die sich mit der Analyse der aktuellen Arbeitsweise der Medien und der gesetzlichen Situation befasst. Die festgestellte Diskrepanz veranlasste uns, Vorschläge zu erarbeiten, wie die öffentlich-rechtlichen Medien zu stärken sind, damit sie ihrem Auftrag wieder gerecht werden können. Unsere Analyse und Forderungen zur Stärkung der Medien haben wir in einem Thesenpapier zusammengefasst, das auf dem Vernetzungstreffen von „Aufstehen Leipzig“ am 16.6.2019 beschlossen wurde.

Unserer Meinung nach ist der neue Medienstaatsvertrag eine Verschlechterung der bisherigen Situation und beseitigt insbesondere nicht die Unzulänglichkeiten aus dem aktuellen Rundfunkstaatsvertrag. Im Rundfunkstaatsvertrag ist der Programmauftrag der öffentlich-rechtlichen Medien festgelegt. Die Nichteinhaltung dieses Programmauftrages (z.B. Grundsätze der Objektivität und Unparteilichkeit der Berichterstattung, Meinungsvielfalt sowie Ausgewogenheit der Angebote) ist der Hauptgrund für die Unzufriedenheit vieler Bürger mit den Medien. Die Aufsichtspflicht haben die Rundfunk- bzw. Fernsehräte, allerdings nur in beratender Funktion. Eine Kontrolle der Medien durch die Bürger, die mit dem Rundfunkbeitrag die öffentlich-rechtlichen Medien finanzieren, erfolgt nicht und ist gesetzlich nicht möglich.

Deshalb fordern wir, dass im neuen Medienstaatsvertrag eine unabhängige Instanz zur Qualitätskontrolle sowie Publikumsräte festgeschrieben werden. Die Qualitätskontrolle soll die Einhaltung des Programmauftrages mittels Qualitätserfassung bewerten und damit Publikumsräte

und Rundfunkräte in die Lage versetzen, ihre Kontrollfunktion ausführen zu können. In Ergänzung zu den Rundfunkräten mit beratender Funktion sollen Publikumsräte eingeführt werden, die auf Basis des Qualitätsberichts die Einhaltung des Programmauftrages durchsetzen können. Dafür sollen sie mit einem wirksamen Instrumentarium ausgestattet werden, bis hin zu Sanktionen bei nachgewiesenen Verstößen gegen den Programmauftrag. Die Besetzung eines Publikumsrates sollte per Losentscheid erfolgen, ähnlich wie die aktuelle Etablierung des Bürgerrats Demokratie, um Seilschaften zu verhindern. Auf diese Weise kann, wie allgemein üblich, der Gesellschaft als Eigentümer der öffentlich-rechtlichen Medien eine Kontrollfunktion über die Einhaltung des Programmauftrages eingeräumt werden.

Der Raum für Debatten, der bei den öffentlich-rechtlichen Medien fehlt - weil z.B. die Gegenöffentlichkeit aus der Berichterstattung und der Diskussion heraus gehalten wird - wird derzeit hauptsächlich von alternativen Print- und Telemedien zur Verfügung gestellt; aktuell gewährleisten nur diese eine umfassendere Information zur Meinungsbildung. Wir schlagen vor, dass diese Medien zwecks Erfüllung dieser wichtigen Funktion aus dem Rundfunkbeitrag mit einem Mindestanteil von 2% der Einnahmen teilfinanziert werden. Des Weiteren sollte in den Arbeitsverträgen der Journalisten, die für öffentlich-rechtliche Medien arbeiten, ein Passus eingebaut werden, der sie verpflichtet und berechtigt, den gesetzlich festgelegten Programmauftrag der öffentlich-rechtlichen Medien zu erfüllen.

Wenn es uns nicht gelingt, die öffentlich-rechtlichen Medien so zu stärken, dass diese wieder eine breite Diskussion aller Ansichten und Meinungen präsentieren und somit den Raum für einen umfassenden Diskurs über die weitere Ausgestaltung unserer Gesellschaft eröffnen, wird unsere Demokratie weiter Schaden nehmen und der Weg für rechtspopulistische Kräfte geebnet.

Im Anhang finden Sie unser Positionspapier zur Situation und Stärkung der öffentlich-rechtlichen Medien sowie die Liste unserer Unterstützer. Für Rückfragen und zur Diskussion stehen wir Ihnen sehr gern zur Verfügung.

Hochachtungsvoll

Themengruppe Medien und Journalismus von „Aufstehen Leipzig“

Anhänge:

Positionspapier der Themengruppe Medien und Journalismus, Bürgerinitiative „Aufstehen Leipzig“  
Namensliste der Unterstützer